

**Fragebogen der Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus  
im Hinblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen am 22. September 2013**

**Name:** Bettina Stark-Watzinger

**Partei:** Freie Demokratische Partei (FDP)

**Datum:** 3. August 2013

**Zutreffende Antworten bitte ankreuzen!**

1. Waren Sie gegen den jüngsten Ausbau des Frankfurter Flughafens (Bau einer neuen Bahn)?

**Ja**

**Nein**  (Ich war allerdings bei der Planung der neuen Landebahn noch nicht parteilich engagiert.)

Wenn ja: In welcher Weise haben Sie sich gegen diesen Ausbau eingesetzt (z.B. Abstimmungen im Landtag oder in Parteigremien)?

**Antwort:** Ich bin für den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Er ist mit ca. 75.000 Beschäftigten und rund 500 ansässigen Firmen die größte Arbeitsstätte in der Bundesrepublik und hat damit für die hessische als auch die deutsche Wirtschaft eine herausragende Bedeutung. Allerdings muss mit dem Ausbau ein Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen und den Interessen der Anwohner geschaffen werden. Die Belastungen für die betroffene Bevölkerung sind so gering wie möglich zu halten, d.h. es müssen leisere Turbinen, optimale Anflugverfahren und sinnvolle Flugrouten angestrebt werden. Es ist klar, dass der passive Schallschutz nur einen Teil der persönlichen Betroffenheit nehmen kann. Dennoch hat das Land Hessen – anders als die Stadt Frankfurt, die ebenfalls Anteilseigner der Fraport AG ist – mit der ‚Allianz für Lärmschutz‘ das Problem Fluglärm in diesem Bereich adressiert. Das Land hat mit anderen Akteuren der Luftverkehrswirtschaft zur Verbesserung von Maßnahmen des passiven Schallschutzes die Einrichtung eines Regionalfonds beschlossen. Für diesen Regionalfonds stellt das Land Hessen 100 Mio. Euro zur Verfügung. Ebenso sollte bei der Raumplanung in den stark von Schall betroffenen Gemeinden auf die Ausweisung von neuen Baugebieten verzichtet werden.

2. Das Umweltbundesamt<sup>1</sup>, der Deutsche Ärztetag 2012<sup>2</sup> sowie die Deutsche Herzstiftung e.V.<sup>3</sup> fordern zum Schutz der Bevölkerung vor fluglärmbedingten Gesundheitsgefahren ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr.

Setzen Sie sich ebenfalls für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen in dieser Zeit ein?

**Ja**

**Nein**

**Anmerkung:** So sehr es wünschenswert wäre eine Ausweitung des Nachtflugverbotes zu erwirken, so wenig ist es für einen internationalen Flughafen durchführbar. Bei der Einführung eines solchen Nachtflugverbotes könnten z.B. schon in den Vorabendstunden keine Flüge aus anderen europäischen Städten nach Frankfurt mehr angeboten werden. Wenn Frankfurt seine

<sup>1</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gesundheitschaeden-umweltbundesamt-fordert-nachtflugverbot-a-820678.html>

<sup>2</sup> Siehe <http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.8678.10300.10480.10503.11105&all=true>

<sup>3</sup> Siehe [http://www.herzstiftung.de/pressemitteilungen\\_artikel.php?articles\\_ID=529](http://www.herzstiftung.de/pressemitteilungen_artikel.php?articles_ID=529)

Drehkreuzfunktion verliert, werden viele internationale Flugziele nicht mehr angeboten. Aus vielen Gesprächen mit Unternehmen auch des Mittelstandes weiß ich, dass gerade dieses breite Angebot an internationalen Flügen Voraussetzung dafür war und ist, den Standort Hessen zu wählen. Wichtig ist es - wie in der ersten Frage erläutert, durch aktiven Lärmschutz (leisere Maschinen und Anflugverfahren, z.B. Point-Merge) den Fluglärm so weit wie möglich zu reduzieren. Trotz aller zusätzlichen Belastungen in der Region ist positiv zu beurteilen, dass es im Rahmen des Mediationsverfahrens am Frankfurter Flughafen zu einem Nachtflugverbot gekommen ist.

3. Der gesetzliche Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm ist derzeit gering. Mehrere Bundesländer haben deshalb im Bundesrat Initiativen zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes eingebracht. Der Gesetzesvorschlag des Landes Rheinland-Pfalz würde dabei die Menschen am wirksamsten schützen; der Vorschlag des Landes Hessen bleibt dahinter deutlich zurück<sup>4</sup>.

Setzen Sie sich für den Vorschlag des Landes Rheinland-Pfalz ein?

Ja  
Nein            x

**Anmerkung:** In einigen wichtigen Punkten stimmen die Initiativen der beiden Bundesländer zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes überein. Beide Initiativen fordern, die Belange der Bürgerinnen und Bürger bei der Festlegung der Flugrouten stärker zu berücksichtigen. Rheinland-Pfalz besteht allerdings auf einer Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die Zeit von 22.00 – 5.00 Uhr, was von der hessischen Landesregierung nicht getragen wird. Somit können noch nicht einmal die von beiden Ländern gemeinsam gestellten Forderungen umgesetzt werden.

4. Die Frankfurter Fluglärmkommission hat im Februar 2013 ein „10-Punkte-Programm“ zum Fluglärmschutz verabschiedet und die politischen Parteien aufgerufen, dieses Programm in die jeweiligen Wahl-/Regierungsprogramme zu übernehmen<sup>5</sup>. Obwohl neben betroffenen Kommunen u.a. auch Lufthansa, Fraport und das Land Hessen in der Frankfurter Fluglärmkommission vertreten sind, wurde das „10-Punkte-Programm“ von der ganz überwiegenden Kommissionsmehrheit verabschiedet. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) hat im April 2013 ein ähnliches „10-Punkte-Programm“ aufgestellt<sup>6</sup>.

Setzen Sie sich für die Umsetzung des „10-Punkte-Programms“ der Frankfurter Fluglärmkommission bzw. der ADF in der nächsten Legislaturperiode ein?

Ja                    x  
Nein                x

**Anmerkung:** Die Forderungen in ihrer allgemeinen Formulierung sind in großen Teilen positiv zu beurteilen, z. B. die Forderungen Nr. 1, 3, 4, 6 und 10. Allerdings wird auch ein verstärktes Beteiligungsverfahren bei der Planung der Flugrouten das Problem, dass erhöhter Flugverkehr abgewickelt werden muss und teils schmerzhaft Entscheidungen für die

<sup>4</sup> Siehe die Bewertung und die Synopse der Fluglärmkommission unter [http://www.flk-frankfurt.de/eigene\\_dateien/presse/2013/gemeinsame\\_pm\\_der\\_umweltverbaende\\_zur\\_aktuellen\\_br-initiativen\\_25.4.2013.pdf](http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/presse/2013/gemeinsame_pm_der_umweltverbaende_zur_aktuellen_br-initiativen_25.4.2013.pdf)

<sup>5</sup> Siehe unter [http://www.flk-frankfurt.de/seite/de/fluglaerm/537/-/Das\\_10-Punkte-Programm\\_der\\_Fluglaermkommission\\_Frankfurt.html](http://www.flk-frankfurt.de/seite/de/fluglaerm/537/-/Das_10-Punkte-Programm_der_Fluglaermkommission_Frankfurt.html)

<sup>6</sup> Siehe unter [http://www.flk-frankfurt.de/eigene\\_dateien/stellungnahmen/pdf-2013/das\\_10-punkte-programm\\_der\\_adf\\_19.4.2013.pdf](http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/stellungnahmen/pdf-2013/das_10-punkte-programm_der_adf_19.4.2013.pdf)

Bevölkerung getroffen werden müssen, nicht lösen. Andere Forderungen halte ich für weniger zielführend. Insgesamt kommt es allerdings auf die Auslegung des 10-Punkte-Planes an. In den letzten Monaten haben wir uns vor Ort immer wieder für die Überprüfung der Flugrouten eingesetzt, da es uns nicht ersichtlich ist, warum in der Metropolregion die Anflugrouten (besonders die Gegenanflugroute) über dicht besiedeltes Gebiet geführt werden müssen. In solchen Fragen muss ein Ausgleich zwischen Sicherheit, Kosten und Belastung der Bevölkerung herbeigeführt werden.

5. Es ist medizinisch erwiesen, dass Fluglärm krank macht. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie prognostiziert, dass bei der heutigen Zahl der Flugbewegungen bis zum Jahr 2021 im Umfeld des Frankfurter Flughafens 23.400 Menschen fluglärmbedingt an Herz- und Kreislaufkrankheiten, Depressionen, Schizophrenie, Demenz, Alzheimer und Krebs erkranken werden, davon 3.400 mit tödlichem Ausgang<sup>7</sup>. Nach der Planung von Fraport soll die Zahl der jährlichen Flugbewegungen von 420.000 (2012) auf 701.000 (2020) steigen.

Sind Sie angesichts der erwiesenen Gesundheitsgefahren des Fluglärms dafür, die Zahl der Flugbewegungen gegenüber der Planung deutlich zu reduzieren?

Ja  
Nein            x

Wenn ja: Auf welche Zahl?

**Antwort:** Der Bau der neuen Landebahn würde ohne eine Kapazitätsausweitung keinen Sinn machen. Die Zahlen in Ihrer Frage beziehen sich auf das Greiser-Gutachten aus dem Jahr 2010. Die Belastungen der Betroffenen in den Einflugschneisen sollen nicht kleingeredet werden, aber meines Erachtens kann eine Beurteilung über das Ausmaß der gesundheitlichen Belastungen in unserer Region erst getroffen werden, wenn das für Hessen in Auftrag gegebene Gutachten fertiggestellt ist. Dann gilt es, die Belastungen offen zu diskutieren. Die Übertragung der Studie aus Köln-Bonn auf das Rhein-Main-Gebiet ist schon allein deswegen nicht möglich, weil es in Nordrhein-Westfalen kein Nachtflugverbot für den Flughafen Köln-Bonn gibt. Gerade zwischen 23.00 und 1.00 Uhr finden im Raum Köln-Bonn daher eine Vielzahl an Flugbewegungen statt, die in der Greiser-Studie ein großer Teil der gesundheitlichen Auswirkungen ausmachen. Zudem spielt nach der Greiser-Studie auch der passive Schallschutz eine wesentliche Rolle. Die Schallschutzprogramme im Rhein-Main-Gebiet sind deutlich umfassender als im Raum Köln-Bonn. Die Ableitung der Zahl von 3.400 Menschen, die vorzeitig sterben werden, entbehrt einer auf den Flughafen Frankfurt zugeschnittenen wissenschaftlichen Grundlage. Die Studie betrachtet den Status Quo. Es werden in den kommenden Jahren aber deutlich leisere Flugzeuge gebaut und andere Anflugverfahren eingeführt werden.

6. Als wesentlicher Bestandteil ihrer „Allianz für Lärmschutz“ haben die hessische Landesregierung, die Deutsche Flugsicherung und die Luftverkehrswirtschaft im Februar 2012 vereinbart, bis zum Ende des Jahres 2014 das sog. Point-Merge-Verfahren einzuführen<sup>8</sup>. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus verspricht sich von diesem Verfahren eine spürbare Verringerung des Fluglärms in der gesamten Rhein-Main-Region.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt sein sollte, für die Einführung des Point-Merge-Verfahren bis zu dem genannten Zeitpunkt einsetzen?

Ja  x  
Nein

**Anmerkung:**

7. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus ist der Auffassung, dass es keine tatsächlich neutrale Stelle gibt, die die Entwicklung und die Auswirkungen des Fluglärms am Frankfurter Flughafen untersucht und darüber objektiv informiert. Das „Umwelthaus“ in Kelsterbach kann diese Aufgabe derzeit nicht wahrnehmen: Es steht im Alleineigentum des Landes Hessen, wird im Wesentlichen von der hessischen Staatskanzlei<sup>9</sup> sowie von Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft<sup>10</sup> finanziert, und sein Geschäftsführer ist GmbH-rechtlich abhängig von Weisungen der hessischen Landesregierung.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt ist, dafür einsetzen, dass das Umwelthaus zu einer tatsächlich neutralen Stelle hin entwickelt wird oder eine solche neutrale Stelle geschaffen wird?

Ja  x  
Nein  x

Wenn ja: Für welche diesbezüglichen Veränderungen würden Sie sich konkret einsetzen?

**Antwort:** Die Idee des Umwelthauses ist richtig – vielleicht noch nicht perfekt. Durch die Einrichtung werden die Diskussionen gebündelt und viele Informationen den Bürgerinnen und Bürgern dargestellt. In den Gremien (z.B. dem Koordinierungsrat) wurden neutrale Mitglieder berücksichtigt und beide Seiten, Vertreter der Kommunen und der Luftverkehrsindustrie, einbezogen. Die Hauptfinanzierung erfolgt durch das Land Hessen und somit also durch neutrale Steuermittel. In jeder Organisation ist es wichtig eine klare Governance-Struktur zu schaffen. Insofern ist eine regelmäßige Diskussion über solche Strukturen nicht abzulehnen, kann sich aber nicht von gesetzlichen Regelungen (Kompetenzzuweisung) frei machen. Transparenz aller Diskussionen und Vorgänge hat die höchste Priorität.

---

<sup>8</sup> Siehe die Präsentation unter [https://verwaltung.hessen.de/irj/HMWVL\\_Internet?rid=HMWVL\\_15/HMWVL\\_Internet/nav/607/60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,36b70017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,2222222-2222-2222-2222-22222222,2222222-2222-2222-2222-2222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005003.htm&uid=60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4](https://verwaltung.hessen.de/irj/HMWVL_Internet?rid=HMWVL_15/HMWVL_Internet/nav/607/60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,36b70017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,2222222-2222-2222-2222-22222222,2222222-2222-2222-2222-2222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005003.htm&uid=60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4)

<sup>9</sup> Siehe [www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de) (Suchwort: Umwelthaus, danach: „Gemeinnützige Umwelthaus GmbH Wiesbaden“, Jahresabschluss für 2011 (letzter verfügbarer Jahresabschluss)

<sup>10</sup> Lt. Angabe des Geschäftsführers der Umwelthauses beinhalten die 120.000 Euro Gesamtspenden an das Umwelthaus im Jahr 2011 eine Spende der Lufthansa i.H.v. 80.000 Euro.